Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 7-8

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Luftturbulenzen als politisches Sommertheater

Die Sommerpause der eidgenössischen Politik wird auch dieses Jahr getrübt werden durch verschmutzte Luft. Je schöner und heisser das Ferienwetter, desto stärker droht die *Ozonbelastung* die staatlich festgelegten Grenzwerte zu überschreiten, was vor allem gesundheitlich empfindliche Bevölkerungsgruppen zur Vorsicht zwingt und was politisch empfindliche Kreise zu erregten Alarmrufen nach radikalen Vorbeugemassnahmen — sprich Verboten — veranlasst.

Das Problem der Luftverschmutzung ist Mitte der achtziger Jahre einer breiteren Öffentlichkeit bewusst und damit zum Politikum geworden. Es hat unter dem Eindruck der — im Rückblick allzu sehr dramatisierten — Waldschäden zu einem eidgenössischen Luftreinhalteprogramm geführt, das allmählich Früchte trägt. Die hohen Anforderungen an den vor allem den Kantonen obliegenden *Vollzug* hat man zwar wie üblich unterschätzt, weshalb das Ziel — die Reduktion der Schadstoffemissionen auf den Stand anfangs der sechziger Jahre — nicht wie gefordert 1994, sondern erst gegen die Jahrtausendwende erreicht werden dürfte.

Die notwendige Verbesserung der Luftqualität ist nur durch eine Strategie geduldiger Hartnäckigkeit erreichbar, die eine Vielzahl von Einzelmassnahmen in allen Verursacherbereichen — Heizungen und Feuerungen, Industrie und Gewerbe, Haushalte, Verkehr — parallel miteinbezieht und aufeinander abstimmt. Gerade beim Sommersmog ist ein *kombinierter Lösungsansatz* nötig, da nur durch gleichzeitige Reduktion von Schadstoffen aus verschiedenen Quellen — der Kohlenwasserstoffe, die grösstenteils aus Industrie, Gewerbe und Haushalten stammen, und der Stickoxide, die hauptsächlich im Verkehr entstehen — die Ozonbildung eingedämmt werden kann. Kurzfristige oder einseitige Massnahmen nützen wenig, weshalb die vom Bundesrat unter starkem öffentlichem Druck und Gegendruck verfügten halbherzigen Geschwindigkeitsreduktionen auf Autobahnen nicht nur kaum messbare Erfolge erzielen, sondern im Gegenteil die politische Missstimmung verschärfen dürften.

Die Luft mag als Beispiel dienen, wie an sich unbestrittene Zielsetzungen in der politischen Umsetzung zu schwer lösbaren Akzeptanzproblemen führen können. Dabei ist ein bemerkenswerter Unterschied festzustellen zwischen *technischen Massnahmen* wie der obligatorischen Einführung des Katalysators oder den verschärften Normen für Feuerungen und Heizungen, die — obwohl kostspielig — praktisch problemlos verordnet und durchgesetzt werden können, und den Versuchen, auf das *Verhalten* der einzelnen Verursacher Einfluss zu nehmen. Die These sei gewagt, dass die Ziele der Luftreinhaltepolitik theoretisch ohne weiteres sofort erreicht werden könnten, wenn jeder einzelne seinen ohne wesentliche Komforteinbusse möglichen Beitrag zur Minderung des Schadstoffausstosses durch bewusste Einsparungen und Verzichte leisten würde.

Der politische Streit ergibt sich indessen aus der Frage, ob diese Verhaltensänderungen durch Appelle an vernünftige Einsicht und freiwilliges Handeln oder aber durch *Zwangsmassnahmen* besser zu bewirken sei. Die Methode der Gebote und Verbote wird damit begründet, dass nur so Gewähr geboten sei, dass alle Verursacher gleichermassen ihren Beitrag leisten müssten. Sie scheitert aber in der Regel daran, dass Zwang in der Demokratie von Mehrheiten gutgeheissen und zudem im Vollzug auch akzeptiert werden muss, also ebenfalls Einsicht und Vernunft voraussetzt. Der andere Weg, der *Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit* erfordert, wäre weniger spektakulär und mühseliger, aber auf die Dauer wohl erfolgversprechender. Der Staat könnte darüberhinaus dafür sorgen, dass der freiwillige sparsame Umgang mit umweltbelastenden Stoffen finanziell honoriert würde. Marktwirtschaftliche *Preissignale* und steuerliche Anreize sind zwar ohne internationale Abstimmung nicht unbedenklich, aber bei behutsamem Vorgehen zweifellos wirkungsvoller als die heute noch vorherrschende Mentalität, ökologisches Wohlverhalten müsse politisch und polizeilich erzwungen werden.

Es gibt wohl kaum ein politisches Problemfeld, in dem die Summe individueller Bemühungen mehr zu erreichen vermöchte, als jenes der sauberen Luft. Eine politische Strategie darauf aufzubauen braucht aber offensichtlich mehr Mut, als mit dem Ruf nach harten Zwangsmassnahmen den Beifall von der einen, den Zorn auf der anderen Seite zu provozieren und dann mit gutem Gewissen den Behörden das programmierte Scheitern in die Schuhe zu schieben. Wir laufen Gefahr, diesen Sommer nicht nur durch den Smog belästigt zu werden, sondern auf den Strassen auch das Debakel nicht durchsetzbarer Verkehrsvorschriften mitansehen zu müssen. Etwas Vertrauen, dass mehr Freiheit als Zwang die *Eigenverantwortung* stärkte, könnte nicht nur dem atmosphärischen, sondern auch dem politischen Klima nur förderlich sein.

Ulrich Pfister

Wenig weise Stich-Worte

Bekanntlich hat die gewichtige Finanzvorlage des Bundes die Abstimmungshürde am 2. Juni *nicht* genommen. Es ist gewiss verständlich, wenn jene Kreise, die sich für ihre Durchsetzung engagierten, ob des negativen Ergebnisses nicht unbedingt sehr glücklich waren. Zu den Enttäuschten gehört auch der Bundesrat, insonderheit natürlich der Finanzminister. Und beim Nachdenken über die Ursachen des Fiaskos sind dem eidgenössischen Säckelmeister *bemerkenswerte Erklärungen* eingefallen: in weiten Teilen des Volkes sei offenbar die Bereitschaft nicht vorhanden gewesen, sich mit einer anspruchsvollen Vorlage auseinanderzusetzen. Damit stelle sich die Frage, ob die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie noch in einem ausreichenden

Masse handlungsfähig sei. Das ist starker Tabak. Die Abstimmung hat nicht das geliefert, was die Obrigkeit erwartet — und schon wird das Volk als zu wenig aufgeklärt und die direkte Demokratie als möglicherweise nicht mehr zeitgemäss eingestuft.

Offenbar hat das Abstimmungsergebnis Bundesrat Stich so verärgert, getroffen und in eine quengelige bis larmoyante Stimmung versetzt, dass er jede Fähigkeit verlor, auch die *eigene Position* mit etwas mehr selbstkritischer Offenheit nach Schwachstellen zu hinterfragen. Um was ging es denn eigentlich? Zur Debatte stand ein Abstimmungs*paket*, eine Multivorlage, ein Kuppelprodukt, in dem *verschiedene fiskalische Einzelstücke* zusammengebunden waren: Übergang zur Mehrwertsteuer, Revision der Stempelabgaben, neue steuerliche Behandlung juristischer Personen sowie eine breitere Abstützung der AHV-Finanzierung. Auf dem politischen Fechtboden werden solche Vorlagen mit euphemistischer Nonchalance als gelungenes politisches Kompromisswerk angeboten, an dem es nichts zu deuteln und zu rütteln gibt. Nur an einen Teilnehmer in diesem Konsensspiel scheinen die Parteien kaum gedacht zu haben, nämlich an den *Stimmbürger,* der sich beim Anblick solcher Kompromissorgien als der Düpierte vorkommen muss. Weshalb?

Einmal widerspricht ein solches Vorgehen einer auch nur einigermassen demokratiewürdigen Abstimmungsästhetik. Und sodann verletzt es zumindest den Geist, der hinter dem Erfordernis steht, dass bei Abstimmungsvorlagen die *Einheit der Materie* zu beachten sei. Der politisch interessierte Bürger erwartet Vorlagen, die es ihm gestatten, seine Meinung *differenziert* zum Ausdruck zu bringen. Paketproduktionen von der Art der abgelehnten Finanzvorlage verkürzen und pervertieren dagegen das Abstimmungsrecht des Bürgers. In der Wettbewerbspolitik werden Kuppelprodukte ins Recht genommen. Weshalb eigentlich nicht auch in der Meinungsbildung? Der Stimmbürger reagiert auf eine solche Bevormundungstaktik jedenfalls ausgesprochen sauer.

Die Argumentation von Bundesrat Stich überzeugt deshalb kaum. Vermutlich handelt es sich beim Abstimmungsdebakel weniger um ein Versagen der direkten Demokratie als vielmehr um ein solches der Politiker, die auf die Spielregeln der direkten Demokratie zu wenig Rücksicht genommen haben. Es ist eine alte Erfahrungstatsache, dass überladene Abstimmungsvorlagen, vor allem in der Fiskalpolitik, beim Bürger auf Unwillen stossen, und dies nicht, weil sie sich überfordert, sondern weil sie sich *bevormundet* fühlen. Aber die Politiker tappen immer wieder in diese Falle. Ihre Bereitschaft, auf diesem Feld aus den Erfahrungen zu lernen, scheint nicht über alle Massen beeindruckend.

Willy Linder